

# Stoppt den Sozialraub!

„Mut zum Frieden – Mut zur Veränderung“ so hat der Kanzler Mitte März seine Rede im Bundestag überschrieben. Dass es mit dem Mut zu aktivem Handeln gegen den Krieg nicht so weit her ist, ist sehr schnell deutlich geworden.

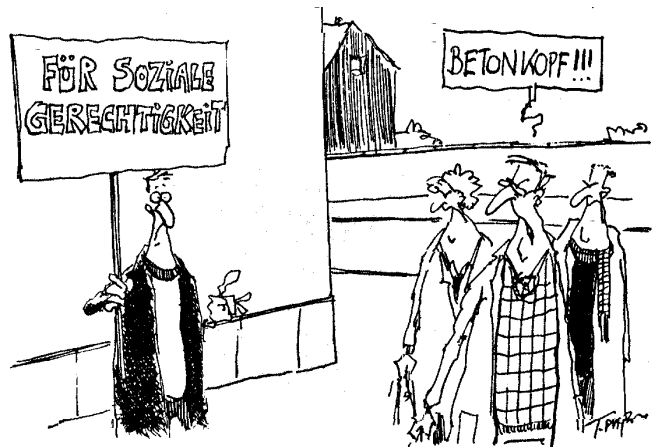
Beim zweiten Teil seiner Rede hat den Kanzler der Mut zu Taten aber nicht verlassen. Die SPD-Grünen-Regierung demonstriert durch ihr Reden und Handeln wahrlich heldenhaften Mut – Mut zu neuer Armut. Zur Armut der für die kapitalistische Treitmühle nicht mehr Benötigten. Spätestens seit der Umsetzung des Hartzkonzeptes zu Beginn des Jahres zeigt rot-grün gehörigen Mut beim größten Angriff auf den Sozialstaat und die Gewerkschaften in der Geschichte der Bundesrepublik. Einen solchen Generalangriff hatten sich nicht einmal Blüm und Kohl getraut!

Im Bereich der Arbeitslosenversicherung sind hier insbesondere zu nennen:

- **Absenkung** des Vermögensfreibetrages beim Bezug von Arbeitslosenhilfe von 520 € auf nur noch 200 € pro Lebensjahr. Erst wird die Rente gekürzt und gesagt, schafft euch stattdessen eine private an! Wenn man es dann getan hat und arbeitslos wird, zwingt einen der Staat das wieder aufzufressen. Das ist sozialer Zynismus pur!
- **Verschärfung** der Anrechnung des Partnereinkommens bei der Arbeitslosenhilfe. So fallen immer mehr Menschen aus dem Bezug dieser Leistung ganz heraus.
- **Verkürzung** der Bezugsdauer für Arbeitslosengeld auf nur noch 12 Monate und für über 55-Jährige auf nur noch 18 Monate.
- **Abschaffung** der Arbeitslosenhilfe. Statt dessen wird es das Arbeitslosengeld II geben, das bestenfalls auf dem Niveau der jetzigen Sozialhilfe liegen wird. Nach einem bis eineinhalb Jahren Arbeitslosigkeit droht also künftig der Absturz in die Sozialhilfe. Man braucht nicht viel Fantasie, um sich vorzustellen, wie so die Löhne unter Druck gesetzt werden und wie in den Betrieben die Angst um den Arbeitsplatz und damit die Erpressbarkeit drastisch steigen wird.

## Angriff auf das Normalarbeitsverhältnis

Leiharbeit, Ich-AG's und Mini-Jobs sind auch und insbesondere ein frontaler Angriff auf das Normalarbeitsverhältnis. Hier sollen existenzsichernde Arbeitsplätze durch prekäre Billigjobs ersetzt werden. Abschaffung der Arbeitslosenhilfe und verschärfte Zu-



mutbarkeit bedeuten, dass Erwerbslose gezwungen werden, jeden beliebigen Job zu jeder Bedingung anzunehmen. Damit wird der Druck auf die Arbeitsbedingungen und Löhne der (Noch-) Beschäftigten massiv erhöht. Nicht mehr Arbeitsplätze werden die Folge sein, sondern mehr soziales Elend und Arbeitshetze.

## Angriff auf den Kündigungsschutz

Ganz im Sinne der Unternehmer sind auch die aktuellen Angriffe auf den Kündigungsschutz in Kleinbetrieben sowie die Ausdeh-

nung der Befristungsmöglichkeit für ältere Kollegen und Kolleginnen. Letzteres heißt praktisch Aufhebung des Kündigungsschutzes ab dem 50. Lebensjahr und damit ab in die Altersarmut! Wie durch weniger Kündigungsschutz neue Arbeitsstellen entstehen, bleibt ebenso ein Geheimnis, wie sich die ca. 29000 in Südniedersachsen gemeldeten Arbeitslosen die gemeldeten ca. 1600 freien Stellen (Zahlen vom März) teilen sollen. Wer bei diesem krassen Missverhältnis noch behauptet, „wer arbeiten will, findet auch eine Arbeit“, oder „Schnellvermittlung a la Hartz löst das Problem“, scheint uns reif für den Nobelpreis für Mathematik oder zumindest für den für Demagogie zu sein.

Es scheint, als wenn die Zeit nie günstiger zur Durchsetzung von Unternehmerinteressen war als jetzt. Diese Interessen werden selbstverständlich immer als im Gesamtwohl liegend verkauft. Von moderner Wirtschaftspolitik und notwendigen "Reformen" ist die Rede, wenn zum Marsch zurück in die sozialen Verhältnisse des 19. Jahrhunderts geblasen wird.

### **Neoliberale Konzepte - quasi religiöse Beschwörungen**

Die neoliberalen Rezepte sind aber alles andere als wissenschaftliche Problemlösungen, als die sie uns so gerne vorgegaukelt werden. Sie sind quasi religiöse Beschwörungen - allerdings mit höchst praktischem Nutzen: So stiegen die Netto-Gewinne der Kapitalgesellschaften seit 1993 um sage und schreibe 85%. Die Netto-Einkommen der Beschäftigten stiegen dagegen gerade mal um 4,7%. Einen wahren Geldsegen bescherte den Unternehmen auch die Steuerreform der SPD/Grünen-Regierung 1999:

28 Mrd. Euro zahlten sie 2002 weniger Steuern als im Jahr 2000. 2002 bekamen Unternehmen netto sogar Geld zurück erstattet! Es ist eine Lüge, wenn behauptet wird, es sei kein Geld da! Haushaltsdefizite und öffentliche Armut werden bewusst produziert. Dann werden die Schwächsten zur Kasse gebeten, um die nächste Umverteilungsrunde einzuläuten.

### **Blockierer und Betonköpfe für die Interessen der ArbeitnehmerInnen**

Glaukt man der veröffentlichten Meinung der Unternehmermedien oder den immer gleichen Stammtischexperten in den Talkshows, so ist ein Blockierer, wer da noch wagt, erkämpfte soziale Rechte der abhängig Beschäftigten zu verteidigen. Ein Betonkopf, wer auf die gar nicht so "modernen" Zielsetzungen oder gar die alleinigen Nutznießer dieser Politik hinweist.

Wir wissen, dass dieser soziale Angriff nicht nur auf die Erwerbslosen und auf die Noch-Beschäftigten zielt, sondern auch auf die Grundlagen gewerkschaftlicher Interessenpolitik. Wenn wir uns nicht endlich gemeinsam wehren, so wird es hier bald zappenduster sein!

### **Wir fordern deshalb unsere Gewerkschaften auf:**

### **Seid Betonköpfe! Seid Blockierer!**

Wir rufen alle auf: Beteiligt euch an den Aktionen der Gewerkschaften gegen den Sozialraub! Kommt zum zentralen Protesttag am 17. Mai in Berlin!

**Samstag, den 17. Mai 2003 in Berlin**

**MUTIGE REFORMEN STATT LEISTUNGSABBAU**

**Fünf vor zwölf  
14.00 Uhr**

**Demonstration vom Potsdamer Platz  
Abschlusskundgebung am Großen Stern  
und Kulturprogramm**